

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 5

Ersteinst. Conting. 2. Zusatzpreis vierteljährlich 1,50 M. ohne Post- und Bek. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin G 2, Dreifaltig 8-9 IV. Fernruf: Jentrum 272

Berlin, den 29. Januar 1922

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kolonnenzeile 3 Mark; für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Versammlungsanzeigen usw. 1 Mark. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

38. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 5. Wochenbeitrag für 1922 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Einlieferung der Quartalsabrechnungen. Wir eruchen dringend, die Abrechnungen vom vierten Quartal 1921 nun schnellstens fertigzustellen und an uns einzusenden.

Die bis zum Jahreschluss im Gebrauch gewesenen alten Beitragsmarken sind mit der Abrechnung vom 4. Quartal an die Verbandskasse einzusenden, wobei alle am Sollbestand fehlenden Marken als verkauft mit zu verrechnen sind.

Die Zusammenstellung lokaler Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1921 ist der Abrechnung beizufügen.

Die Branchenzugehörigkeit der Mitglieder ist auf der Rückseite des Ergänzungsbogens mit anzugeben.

Die Gau- und Bezirksleiter eruchen wir, dafür besorgt zu sein, daß von allen Zahlstellen ihres Bezirks die Abrechnungen schnellstens eingeleistet werden.

2. Einsendung der Verbandsgelder. Infolge der erhöhten Beiträge haben alle Zahlstellen mit größeren Einnahmen als bisher zu rechnen. Wir müssen leider die Beobachtung machen, daß in sehr vielen Zahlstellen ganz außerordentlich hohe Geldbestände am Orte zurückgehalten werden. Da an die Verbandskasse zurzeit sehr hohe Ansprüche gestellt werden, ist es unbedingt erforderlich, alle überschüssigen Verbandsgelder sofort, spätestens aber vor Ende jedes Monats, an die Verbandskasse einzusenden.

Die örtlichen Bevollmächtigten und insbesondere auch die Revisoren sind verpflichtet, dafür besorgt zu sein, daß größere Geldbestände nicht unbenutzt am Orte zurückgehalten, sondern regelmäßig jeden Monat an die Verbandskasse abgeführt werden. Für eventuell eintretende Verluste sind die Zahlstellen der Verbandskasse gegenüber mit ihrem gesamten Lokalvermögen haftbar.

3. Für die Versicherungskasse der Funktionäre des Verbandes sind die Beiträge für das Jahr 1922 möglichst sofort an die Verbandskasse einzusenden. Um unrichtige Buchungen zu vermeiden, ist auf dem Abschnitt der Zahlkarte ein entsprechender Vermerk zu machen.

Für die Berechnung der Beitragszahlung sind die in der Abrechnung vom 4. Quartal 1921 angegebenen Mitgliederzahlen maßgebend. Der Jahresbeitrag ist für die am Anfang jedes Jahres in der Zahlstelle bzw. im Gau geführten Mitglieder für das beginnende Jahr im Voraus zu entrichten, er beträgt für jedes männliche Mitglied 50 Pf. und für jedes weibliche Mitglied 25 Pf.

4. Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik sind in den letzten Tagen an die Kassierer aller Zahlstellen gefandt worden. Etwaige für die Arbeitslosenstatistik ist der 28. Januar, für die Zählung der Kurzarbeiter die Woche vom 23. bis 28. Januar.

Ganz besonders bitten wir diesmal zu beachten, daß unter den Angaben des Mitgliederbestandes auch die Zahl der jugendlichen Mitglieder bis 18 Jahren und Lehrlinge gesondert anzugeben sind. Die Angabe ist diesmal notwendig, weil der ADBB von allen Gewerkschaften solche Feststellungen wünscht, um der Jugendbewegung mehr Aufmerksamkeit zuwenden zu können.

Die Berichtskarten sind stets, wie auch am Kopf der Karte ausdrücklich vermerkt, am dritten Tage nach Schluss des Monats frankiert abzugeben, damit sie spätestens am 5. Februar in unserm Besitz sind.

5. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und betragen nunmehr — in Ohligs vom 1. Februar, im übrigen vom 1. Januar ab — wöchentlich in

	Beitragsklasse				
	1 Pf.	2 Pf.	3 Pf.	4 Pf.	5 Pf.
Bünde (Westf.)	—	50	50	50	50
Burg (Bez. Magdeburg)	50	50	50	100	100
Frankfurt a. d. D.	—	50	50	100	100
Fulda	30	30	30	50	50
Kerchau	—	50	50	50	50
Oberwesenthal	—	50	50	50	50
Ohligs (ab 1. 2. 22)	50	50	50	100	100
Remscheid	—	—	50	100	100
Reutlingen	—	50	50	100	100
Saalfeld	—	—	—	50	50

Der Verbandsvorstand.

Neues Lohnabkommen in der Wellpappenindustrie.

Am 20. Januar fanden in Bielefeld neue zentrale Verhandlungen zwischen Vertretern unseres Verbandes, Vertretern des Fabrikarbeiterverbandes, des christlichen Fabrikarbeiterverbandes und solchen des Arbeitgeberverbandes statt, die zu einem neuen Lohnabkommen führten.

Es wurde vereinbart mit rückwirkender Kraft für alle Ortsklassen ab 1. Januar eine Erhöhung der Löhne für

Arbeiter:	
a) von 14—16 Jahren pro Stunde	0,50 M.
b) " 16—18 " " "	0,75 " "
c) " 18—20 " " "	1, — " "
d) " 20—23 " " "	1,25 " "
e) über 23 " " "	1,50 " "
Dazu ab 1. Februar:	
a) von 14—16 Jahren pro Stunde	0,25 M.
b) " 16—18 " " "	0,40 " "
c) " 18—20 " " "	0,50 " "
d) " 20—23 " " "	0,65 " "
e) über 23 " " "	0,75 " "
Für Arbeiterinnen ab 1. Januar:	
a) von 14—16 Jahren pro Stunde	0,40 M.
b) " 16—18 " " "	0,60 " "
c) " 18—20 " " "	0,80 " "
d) über 20 " " "	1, — " "
Dazu ab 1. Februar:	
a) von 14—16 Jahren pro Stunde	0,20 M.
b) " 16—18 " " "	0,30 " "
c) " 18—20 " " "	0,40 " "
d) über 20 " " "	0,50 " "

Die Reichsstariflöhne stellen sich demnach ab 1. Februar wie folgt:

	Zeitsklasse			
	I Mkt.	II Mkt.	III Mkt.	IV Mkt.
1. Arbeiter:				
a) im Alter von 14—16 Jahren	4,10	5,90	8,05	8,45
b) " " 16—18 " "	5,70	5,50	5,25	6,15
c) " " 18—20 " "	8, —	7,80	7,55	7,95
d) " " 20—23 " "	10,65	10,45	10,25	10,05
e) " " über 23 " "	11,75	11,65	11,85	11,15
2. Arbeiterinnen:				
a) im Alter von 14—16 Jahren	3,85	3,20	3, —	2,95
b) " " 16—18 " "	4,70	4,55	4,35	4,20
c) " " 18—20 " "	6,05	5,90	5,70	5,50
d) " " über 20 " "	7,25	7,15	6,95	6,75

An alle in der Wellpappenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen werden als Stundenzuschlag auf die Tariflöhne gezahlt:

nach einjähriger Tätigkeit in der Industrie . . . 10 Pf.
nach zweijähriger Tätigkeit 20 " "
nach dreijähriger Tätigkeit 30 " "

Akkordarbeiter und Akkordarbeiterinnen erhalten die obigen Zulagen neben den bisherigen Akkordlöhnen als feste Zulagen für die bezahlten Arbeitsstunden, und zwar entsprechend ihrer Altersklassen.

Das Lohnabkommen hat bei monatlicher Ründigungsfrist Gültigkeit bis 28. Februar 1922.

Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1921.

Im Monat Dezember machte sich nach den vorliegenden Berichten wieder eine stärkere Arbeitslosigkeit gegen den Vormonat bemerkbar. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen stieg auf 302 = 1,2 Proz., die der weiblichen auf 558 = 0,9 Proz., gegen 186 bzw. 367 im November. Im Verhältnis zu den vorhergehenden Monaten und insbesondere zum Dezember 1920 bedeuten diese Zahlen jedoch noch immer einen außerordentlich günstigen Stand des Arbeitsmarktes, denn vor einem Jahr hatten wir 1468 männliche Arbeitslose, also 5mal soviel wie jetzt. Der Mitgliederbestand ist gegen den Vormonat um weitere 2000 gestiegen, er beträgt jetzt 87 395, davon 62 371 weibliche.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosenfälle betrug im letzten Quartal 1221 bei den männlichen und 2739 bei den weiblichen Mitgliedern. Die Dauer eines Arbeitslosenfalls war im Gesamtdurchschnitt nur 13,4 Tage. Der günstige Stand des Arbeitsmarktes im letzten Quartal spiegelt sich auch in der gezahlten Arbeitslosenunterstützung wieder, die sich auf 48 867 M. belief, während im vorhergehenden Quartal noch 180 042 M., also das Dreifache, dafür aufgewendet wurde. Von den 3960 Arbeitslosen des 4. Quartals wurde an 994 für 96 855 Tage Arbeitslosenunterstützung gezahlt.

Kurzarbeiter wurden im Berichtsmonat nur 261 in 9 Orten und 20 Betrieben ermittelt. Und zwar 69 männliche und 192 weibliche. Insgesamt betrug also die Zahl der Kurzarbeiter und Arbeitslosen 1130 = 1,3 Proz. Davon waren 370 = 1,5 Proz. männliche und 760 weibliche.

Die Berichterstattung hat sich im zurückliegenden Jahr gegen das Vorjahr erheblich gebessert. 170 von den 199 Zahlstellen sandten regelmäßig die Berichtskarten ein. Am häufigsten waren die Zahlstellen in Köslin und Danabrück, von denen jebe 5mal keine Berichtskarte einlief.

Auch bei der letzten Berichterstattung fehlten wiederum 11 Zahlstellen mit 1412 Mitgliedern, während 3 die Karten so spät einliefen, daß sie nicht mehr verarbeitet werden konnten.

Scheinkonjunktur, Steuerlosten und Sachwerte.

Es ist leicht, unsere vorjährige Wirtschaft als gute Konjunktur anzusprechen. Man kann dabei hinweisen auf den günstigen Beschäftigungsgrad der Industrie, auf die 25 Milliarden neuer Aktien, die emittiert worden sind, zum größten Teil als Kapitalerhöhungen, zum kleineren Teil zwecks Neugründung von Aktiengesellschaften, auf die gestiegenen Dividenden und Gründergewinne, die natürlich in vielen Fällen größer waren, als die offiziellen Geschäftsberichte und Bilanzen erkennen lassen, auf die produktionsstechnische Intensivierung und Rationalisierung durch die mannigfaltige Konzentration in Industrie und Bankwelt. Noch nie war der Geldmarkt so flüchtig wie im vergangenen Jahre, zweifellos waren auf ihm gewaltige Gewinne, insbesondere in der Aktien- und Devisenspekulation zu verzeichnen, an denen auch Kreise beteiligt waren, die vorher nie etwas von Börsen- und Börsenspekulation gewußt haben so daß die Marktlucht in der industriellen Sachwerte im Jahre 1921 direkt zu einem Gemeinplatz geworden ist. Schließlich wird man dann hinweisen auf die relativ günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes. Standen doch etwa 400 000 Arbeitslosen in der ersten Hälfte des Jahres am Ende desselben nur noch etwa 150 000 gegenüber, eine Zahl, die an die besten Konjunkturjahre der Friedenszeit erinnert und kaum ins Gewicht fällt gegenüber den Millionenzahlen von Arbeitslosen in England und Amerika.

Aber diesen Konjunkturzahlen stehen die der ökonomischen und sozialen Verlebung gegenüber, durch welche diese Konjunktur in Wirklichkeit zur Scheinkonjunktur wird. Das Jahr 1921 hat für die deutsche Mark eine Valutakatastrophe nach der anderen gebracht. Der Dollar, der Anfang des Jahres auf 70 bis 80 Mt. stand, stieg bis zum November auf über 300, am Ende des Jahres bewegte er sich um 200. Dieser ungeheuren Geldentwertung haben wir den guten Beschäftigungsgrad der Industrie, die geringe Arbeitslosigkeit, den gesteigerten Export und Ausverkauf zu verdanken. Sie hat die gewaltigen Kapitalerhöhungen bewirkt, und die durch sie verursachte gesteigerte Kreditbedürftigkeit von Wirtschaft und Handel hat das Jahr 1921 zu einem Jahr ausgesprochener Bankkonjunktur gemacht. Sie führte aber auch zu sprunghaften Preissteigerungen und zu neuer Inflation, die ebenfalls wieder preissteigernd wirkte. Die Höhe der Preissteigerungen ist im vergangenen Jahr mit den verschiedensten statistischen Methoden berechnet worden, die alle eine starke durchschnittliche 30- bis 35fache Preissteigerung gegenüber dem Friedensniveau ergaben. Am stärksten gestiegen sind natürlich die Einfuhrwaren, insbesondere die Textilrohstoffe, aber auch von den reinen Inlandswaren kletterten immer mehr zu dem sogenannten Weltmarktpreis empor. Diesen Valuta- und Preiszahlen steht im Durchschnitt eine Lohn- und Gehaltssteigerung um das 10- bis 15fache, höchstens aber 18fache gegenüber, was zur Folge hat, daß breite Schichten der nur vom Arbeitseinkommen lebenden Bevölkerung der realen Kaufkraft nach weit hinter ihrem Friedenseinkommen zurückbleiben, wodurch der inländische Absatzmarkt immer mehr verflümmert wird.

Zwei weitere Erscheinungen vervollständigen das Bild dieser Scheinkonjunktur. Einmal das Ende der staatlichen Finanzwirtschaft. Von April bis November ist die schwebende Schuld des Reiches von 165,35 auf 237,87 Milliarden Mark, also um rund 72 Milliarden angewachsen. 161 1/2 Milliarden des Reichshaushalts 1920/21 waren schon vor Wochen noch ungedeckt und auch die Milliarden der neuen Steuererlese, die zurzeit noch in Beratung sind, werden nur einen Teil dieses Defizits zu decken imstande sein. Dazu kommt schließlich noch das durchaus ungünstige Bild unserer Handels- und Zahlungsbilanz. Der Einfuhrüberschuß hat sich bis zum November in erschreckendem Maße gesteigert, trotz der recht günstigen Exportkonjunktur. Von Mai bis November betrug die deutsche Einfuhr 65,7, die Ausfuhr 52,0 Milliarden, was einen Einfuhrüberschuß von 13,7 Milliarden Mark bedeutet. Im September allein betrug der Einfuhrüberschuß 3,2 Milliarden,

im Oktober sogar 4 Milliarden. Eine Verringerung scheint im November eingetreten zu sein, in welchem Monat nach den allerdings nur vorläufigen amtlichen Statistiken der Einfuhrüberschuß nur 0,1 Milliarden betragen haben soll. Ob diese letzte Zahl einen Umschwung in unserer Handelsbilanz bedeuten soll, läßt sich jetzt noch nicht abschätzen. Noch trüber wird das Gesamtbild infolge der schlechten deutschen Zahlungsbilanz. Die Lasten des Versailler Friedensvertrages bedeuten eine jahrzehntelange Verschuldung an das Ausland, nach der Wegnahme der Handelsflotte, der Kolonien und nach der Liquidation des Auslandskapitals ist für absehbare Zeit an eine Aktivierung unserer Zahlungsbilanz kaum zu denken.

In allen Kreisen der Arbeiterschaft und in den Gewerkschaften herrscht eine starke Unzufriedenheit über die Ineffizienz der Reichsregierung hinsichtlich der Heranziehung des Geldes zu den Steuerlasten. Bereits Mitte November v. J. haben die Gewerkschaften die bekannten zehn Forderungen der Reichsregierung und dem Reichstag eingereicht, aber von beiden Stellen ist in der Sache bisher nichts geschehen. In direktem Gegensatz zu den Gewerkschaftsforderungen hat der Reichstag inzwischen bei der Einkommensteuer sogar eine starke steuerliche Entlastung der großen Einkommen beschlossen. Während den Arbeitern und Festbesoldeten die Steuer bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung abgezogen wird, sind die übrigen Steuerpflichtigen schon seit Jahren mit der Steuerzahlung rückständig, weil angeblich die Steuerbehörden mit der „Veranlagung“ nicht fertig werden können. Statt diese rückständigen hohen Steuerbeträge von den Besitzenden einzuziehen, beginnen die Finanzämter jetzt damit, „Wozu- und Kontrollieren, ob den Lohn- und Gehaltsempfängern die Steuer in richtiger Höhe abgezogen worden ist. Hierzu stehen also den „überlasteten“ Finanzämtern Zeit und Kräfte noch genügend zur Verfügung. Angehender dieser Tatsachen ist die steigende Unruhe bei den Arbeitern und Angestellten wohl zu verstehen und eine ernste Mahnung an die Reichsregierung und den Reichstag am Platze, daß sie den Bogen nicht überpannen lassen. Wie der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ mitteilt, hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sich unter Berufung auf seine Forderungen vom November jetzt erneut mit dem dringenden Verlangen an den Reichstag gewendet, eine Entscheidung besonders über die Erfassung der Sachwerte baldigst herbeizuführen.

Die Durchführung des Steuer- und Reparationsproblems scheint immer mehr auf ein fernes Geleise zu geraten. Nicht nur, daß die Einziehung der Vermögenssteuern und des Reichsnotopfers nach wie vor auf sich warten läßt, auch von der Kreditation der Industrie und der Heranziehung der Landwirtschaft hört man seit dem Beschluß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats wenig mehr und die Erfassung der Sachwerte, die den Ausgangspunkt für die gesamte Finanzreform bilden sollte, scheint gänzlich begraben werden zu sollen. Nur die Einhebung der Lohn- und Gehaltsabzüge geht prompt voran, so daß schließlich die Arbeitnehmer allein die Lasten tragen, die das Reich erfordert. Die Gewerkschaften sind aber nicht willens, sich mit diesem Zustande der Lastenverflechtung abzufinden und so hat jetzt deshalb der ADGB, in Gemeinschaft mit den Vorständen der beiden sozialdemokratischen Parteien beschlossen, in der Steuer- und Reparationsfrage mit stärkerem Nachdruck vorzugehen. Sie haben ferner zur besonderen Bearbeitung der Fragen der Erfassung der Sachwerte eine gemeinsame Kommission eingesetzt, der vom ADGB, Wisfoll, Larnow, Albrecht, vom Aa-Bund, Aufhäuser, Urban, von der SPD, Bernstein, Rahmann und von der USP, Dr. Hilferding, Dr. Herz angehören. Die Kommission wird ihre Arbeiten unmittelbar aufnehmen.

Zum Verbandstag.

Viele und große Aufgaben stehen dem Verbandstag in Kassel bevor. Wird er bessere Arbeit leisten als sein Vorgänger in Würzburg? Ich nehme es an, aus diesem Grunde möchte ich einige Ausführungen machen. Zunächst die Beitragsfrage. Eine Pufferung unserer Finanzen ist dringend erforderlich, denn der Beitrag ist m. E. nicht weit genug gegangen. Ich würde deshalb vorschlagen: Der Verbandsbeitrag beträgt einen Stundenlohn der niedrigsten Ortsklasse

des Reichstarifs und ist restlos der Verbandskasse zuzuführen. Die Jahrestellen erheben dazu Zuschläge von ungefähr 5 Proz. der niedrigsten bis 25 Proz. der höchsten Ortsklasse zur Beirung der örtlichen Ausgaben. Weitere Lokalbeiträge dürfen nicht erhoben werden. Die Kassierer werden sagen: Das ist technisch nicht durchführbar. Aber wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Selbstverständlich denke ich auch nicht daran, alle sechs Wochen die Beiträge zu ändern. Aber daß bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen auch jedes Quartal die Beiträge geändert werden können, halte ich sehr wohl für möglich und auch für durchführbar. Ein anderer Grund für diese Beitragszahlung ist, daß wir mit einem Schlag die fünf Klassen los sind, denn für die Folge gäbe es nur eine Männerklasse, eine Frauenklasse und eine Klasse für Jugendlasse. Die Beitragshöhe käme der der Buchdrucker näher, was alles in allem ein gut Stück Arbeit für den Größtlichen Bund wäre. Also, frisch ans Werk!

Eine andere Frage, die mir auch wichtig erscheint, ist der § 48 unseres Statuts. Ich will nicht seine Beseitigung, aber wenn die Jahrestellen ihre Angehörigen schon selber wählen sollen, so mindestens für drei Jahre. Eine Kündigung sollte nur mit Zustimmung des Verbandstages erfolgen können. Es kann doch nicht angehen, daß eine Kollegin oder ein Kollege, der seine ganze Arbeitskraft der Organisation zur Verfügung stellen will, nun jedes Jahr wieder aufs Pfahler geworfen werden kann, ohne sich einer Pflichterlebung schuldig gemacht zu haben. Die Jahrestelle Berlin liefert ja die besten Beispiele dafür. Brf.

Der kommende Verbandstag wird sich ohne Zweifel auch mit der Neuregelung der Unterstützungs-einrichtungen beschäftigen. Da möchte ich die Frage aufwerfen, ob es nicht angebracht ist, die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung vollständig aufzugeben. Viele Gründe sprechen dafür. Vor allen Dingen ist es Pflicht des Staates, der Gesellschaft, für seine wertvollsten Glieder — denn das sind doch ohne Zweifel die Hand- und Kopfarbeiter —, wenn sie krank oder arbeitslos werden, in ausreichendem Maße zu sorgen. Die jegliche Erwerbslosenfürsorge kann als ein Teil der Fürsorge gelten. Vor dem Kriege hatten diese Unterstützungsorgane der Organisation noch einen Sinn, denn völlig mittellos wurde der Arbeiter nach Aufhören des guten Geschäftsganges als unerschöpfliches Opfer der un sinnigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf die Straße geworfen. Er konnte mit seiner Familie betteln gehen. Und oft war hier die Arbeitslosenunterstützung des Verbandes der Rettungsanker. Damit hielt aber die Organisation die Arbeiterschaft über Wasser, bis eine bessere Konjunktur einsetzte. Es brauchen heute aber die Unterstützungsleistungen auch nicht mehr als Kapitalismittel in Betracht gezogen werden, zudem sind sie heute so gering, daß sie eine ausschlaggebende Rolle im Haushalte des einzelnen Verbandsmitgliedes nicht spielen können. Zum Teil werden sie auch gar nicht erst abgehoben. Darum ist es schon besser, weg mit diesen Unterstützungen und Ausbau unserer Organisation zu einer reinen Kampforganisation. Ich glaube, das Verständnis der Mitglieder hierfür wäre vorhanden, wenn unser Verband seine Mittel ausschließlich zur Erämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen verwenden würde. Ferner möchte ich den Vorschlag machen, die 1. Beitragsklasse wegzulassen und nur eine besondere Beitragsklasse bestehen zu lassen. Denn u. a. bedeuten die vielen Klassen eine unnötige Erschwerung der Arbeiten der Beirungskassierer.

D. Hannemann, Ludenwalde.

Verbandstage sind Bausteine in unserer Organisation. Heute stehen wir wieder vor einem Verbandstag, und einer der wichtigsten Punkte desselben ist zweifellos die Regelung der Beiträge und Unterstützungen entsprechend den Verhältnissen. In welcher schnelllebigen Zeit wir uns befinden, ist ja bekannt, und es fragt sich, gibt es heute eine gründliche Lösung dieser Fragen, so wie es früher möglich war? Vor allem haben wir mit der steigenden Geldentwertung und der allgemeinen Verarmung zu rechnen. Die Aussichten auf eine Besserung sind gering, eine steigende Arbeitslosigkeit steht in naher Zukunft bevor und damit eine starke Belastung des Verbandes. Wir müssen uns, um uns weiter zu entwickeln, diesem allen anpassen und Beitrags- und Unterstützungsweisen beweislich gestalten. Stabile Beiträge und Unterstützungen können sich nur auf stabile Lebens- und Arbeitsverhältnisse stützen, wie sie vor dem Kriege waren. Daß es anders geworden, sehen wir täglich, und deshalb erscheint es notwendig, eine gründliche Veränderung vorzunehmen. Die Beiträge auf einen durchschnittlichen Stundenlohn festzusetzen, dieser Weg läßt sich sehr wohl beschreiten. Die Schwierigkeiten sind nicht von der Hand zu weisen, doch wo ein Wille, ist auch ein Weg. Ohne den großen Appa-

rat von Vorstand, Ausschuss, Beirat, Kräftigung anzuwenden, müßte der Verbandstag statutarisch festlegen, daß mit jedem Steigen des Stundenlohns gleichzeitig auch der Beitrag und die Unterstüßungen steigen. Lohnkämpfe haben heute nur den Zweck, den Lohn der steigenden Geldentwertung anzupassen. Daß wir weit zurückgeblieben sind, braucht nicht extra betont zu werden, auch nicht, daß der Verbandsbeitrag weit, sehr weit zurückgeblieben ist. Und doch liegt es nicht an der Opfermüßigkeit der Mitglieder, sondern daran, daß der Verbandsvorstand zu einsichtig war, um nicht das zu fordern, was unbedingt notwendig war. Aus diesem Dilemma muß der Verbandstag uns herausbringen. Der Verband, der groß, stark und eine Stütze den Mitgliedern in mancher Not geworden ist, er muß uns auch das weiter sein, wollen wir nicht ganz unter den Schritten kommen.

R. Schwarz - Wittenberg.

Berichte.

Nachen. Am 10. Januar fand unsere gute Besuchte Generalversammlung statt. Nachdem der Vorsitzende die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt hatte, erstattete Simons den Jahresbericht. Er wies darauf hin, daß das vergangene Jahr für uns von Bedeutung sei durch die Einführung der beiden Reichstaxen, die die Plattform abgeben für unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Vor Anerkennung dieser Taxen waren unsere Löhne durch örtliche Abmachungen geregelt. Das Zustandekommen dieser lokalen Abmachungen war mit mehr oder weniger viel Mühe und Arbeit verbunden. Der Vorstand setzte seine ganze Kraft dafür ein, daß die Reichstaxen zur Einführung gelangen. Als diese von den Arbeitgebern anerkannt waren, wurden die Mitglieder etwas enttäuscht, da die Hoffnungen, die man in diese Arbeit hatte, nicht alle in Erfüllung gingen aus dem Umstande, daß sich um dieselbe Zeit die wirtschaftlichen Verhältnisse hier am Orte sehr veränderten, daß die Lohnsätze der Reichstaxen nicht ausreichten, um an die Löhne heranzukommen, wie sie in anderen Berufen hier am Orte gezahlt wurden. Auch war Nachen noch nicht in die zweite Ortsklasse gekommen, trotzdem Nachen eine der teuersten Städte ist und bei der Beamtenbesoldung als A-Klasse in Frage kam. Besonders war es der Kartonnager, der viele Unstimmigkeiten hervorrief, gegen dessen Einführung wir uns aus gewerkschaftlichen Gründen und aus Solidarität gegenüber den anderen Kollegen in der Provinz nicht wehren konnten und wollten. Die Sonderzulagen für das besetzte Gebiet, sowie die Wirtschaftsbereitschaften konnten alle diese Unstimmigkeiten nicht abheben, so daß wir jetzt gezwungen waren, Sonderforderungen zu stellen. Selbst die Arbeitgeber geltend die Notlage für Nachen ein und so kam es zu Vereinbarungen, die für Beschäftigte eine Zulage von 25 M. und für Buchbinderarbeiterinnen von 15 bzw. 20 M. brachten. Den Kartonnagerarbeitern gab man eine Zulage von 25 M. und den Arbeiterinnen eine solche von 13 bzw. 15 M. Auch hier zeigten sich die Kartonnagenfabrikanten rückwärtiger, trotzdem die Kartonnagenindustrie hier am Orte immer mehr an Umfang zunimmt, was das zeigt, daß auch mit der Kartonnagenherstellung Geschäfte gemacht werden. Trotz allem sind heute die Löhne noch nicht erreicht, die andere Berufe haben. Am Ende des Jahres 1919 trennten sich die Buchbindererwerbenden von uns, weil eine Zahlstelle des Graphischen Arbeiterverbandes gegründet wurde. Nach dem hatten wir einen Mitgliederbestand von 82 männlichen und 175 weiblichen Berufsangehörigen. Das Jahr wurde abgeschlossen mit einer Mitgliederzahl von 84 Männlichen und 233 Weiblichen. Jetzt haben wir mit einigen Ausnahmen alle Berufsangehörigen in unserer Organisation vereinigt. Simons forderte die Mitglieder auf, vorwärts zu schauen, sich nicht in Kleinigkeiten zu verlieren, nicht unsere Aufgabe allein darin zu erblicken, Lohnerhöhungen anzustreben, sondern unsere ganze Kraft einzusetzen für das eine große Ziel, die Abtötung der privatkapitalistischen Wirtschaft durch die Bedarfswirtschaft. Hager ergänzte den Bericht, daß sich die Kartonnagenfabrikanten verpflichtet hätten, Arbeiterinnen nach dreimonatiger, Arbeiter nach dreimonatiger Tätigkeit die Feiertage zu zahlen. In den Vorstand gewählt bzw. neugewählt wurden Bomb, 1. Vorsitzender; Hager, 2. Vorsitzender; Baland, Kassierer; Simons, 1. Schriftführer; Weidemann, 2. Schriftführer; Schmitz und Rademacher, Beisitzer. Dann wurden die Mitglieder ersucht, die Veranlassung am 11. Februar anlässlich des 21jährigen Bestehens unserer Zahlstelle zu besuchen, wo uns die Möglichkeit geboten sei, unsere Mittagsjahren für einige Stunden zu verlassen.

Augsburg. Die am 11. Januar stattgefundene Generalversammlung hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu bewältigen. In frischem Tempo wurden die ersten 7 Punkte bis zur Neuwahl, Lohnbewegung, Quartals- und Jahresabrechnung, Agitation und Mit-

gliederbewegung sowie Jahresbericht erledigt. Starke Anforderungen wurden im Laufe des vergangenen Jahres an die Ortsverwaltung gestellt, vollste Hingabe und Pflichterfüllung ersforderte es, die Aufgaben zu lösen und unserer Kollegenschaft zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Neuwahl des Ausschusses vollzog sich unter dem Vorhinein des Kollegen Meyer und wurde der alte Ausschuss mit teilweisem Rollenwechsel einstimmig wiedergewählt und dann der letzte Teil der Tagesordnung erledigt. Mit Kollegen Schregle an der Spitze, alle bewährte Kämpfer ihm zur Seite und als Rückendeckung eine geschlossene Mitgliedschaft, marschieren wir in das neue Jahr hinein, entschlossen, allem, was auch kommen mag, die Stirn zu bieten zum Besten unserer Zahlstelle und deren Mitglieder.

Bernburg a. d. S. Am 17. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab einen Bericht über die Tätigkeit am hiesigen Orte. Im Februar wurde der Bezirkstarif der Läten- und Beutelbranche in den hiesigen Papierwarenfabriken eingeführt. Leider sind heute die Löhne noch nicht den Lebensbedürfnissen angepaßt. Wir hoffen aber, daß dies bei den nächsten Verhandlungen nachgeholt wird. Im Oktober wurde der Hausstarif der Kartonnagenfabrik geändert und zum 1. November der Reichstaxenstarif gefordert. Die Firma wollte erst nicht, endlich aber wurde dieser mit Hilfe des Betriebsrats eingeführt. Durch Verhandlungen in einer größeren Buchbinderei wurden bessere Löhne erzielt. v. d. Reith gab einen Ueberblick über die in Acherleben bei der Firma Betschorn ausgebrochenen Differenzen, die wohl noch größere Dimensionen annehmen werden. Die Arbeiterschaft sei fest entschlossen, diesmal ihre gerechten Forderungen durchzusetzen, um der Firma zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht mit sich spielen lasse. Der Zahlstellenskonferenz in Magdeburg wurde zugestimmt. In der folgenden Vorstandswahl wurde Eschlanstedt als Vorsitzender, Richter als Kassierer, Nowotni als Schriftführer und die Kolleginnen Grassel und Schirgewohn als Beisitzer gewählt. Das Graphische Kartell, welches im Oktober gegründet wurde, hat an der Einheit der Buchdrucker zu leiden und wird wohl wieder einschlafen. Im Schlusswort gab v. d. Reith der Hoffnung Ausdruck, daß die Kollegenschaft fest zum Verband halten möge. Er bedauerte das geringe Interesse der Kolleginnen. Die Zahlstelle zählt heute 13 Kollegen und 103 Kolleginnen.

Bünde. Wie es heute gemacht wird, Arbeiter zu entlassen und gleichzeitig brottlos zu machen, zeigt uns das Verhalten der Firma Johannes Clausius, Kartonnagenfabrik, Ennigloh. Erst muß man täglich 10-12 Stunden arbeiten, dann gibt es wieder keine Arbeit und es wird verfürzt gearbeitet, und weil keine Arbeit herangeholt wird, müssen circa 10 Mann aufhören. Die Zeit vor Weihnachten kam das Geschäft wieder auf die Höhe, und Arbeit über Arbeit war vorhanden, sie wurde auch geleistet. Arbeitskräfte wurden eingestellt, sie kommen und gehen, der reinste Laubenschlag. Laut letzten Lohnabkommens mußte der Lohn der Arbeiter erhöht werden, aber die Firma weigerte sich, sie könne den neuen Tarif nicht einhalten wegen unrentablen Geschäftsganges. Es war nämlich kurz vor Weihnachten und die Weihnachtsaufträge ziemlich erledigt. Nachdem sie sich eines besseren besonnen hatte, wurde der Tariflohn nachträglich doch ausgezahlt. Bei dieser Nachzahlung aber mußte jeder Arbeiter mit Ausnahme der Lehrlinge seine Kündigung unterschreiben. Warum? Der Betrieb sollte geschlossen und ein anderes gewinnbringenderes Fach eingeschlagen werden. In dieser Ueberangangszeit konnte die Firma die Arbeiter nicht brauchen, wollte sie aber nachher wieder einstellen. Am 4. Januar war die Kündigungszeit für die gesamte Arbeiterschaft abgelaufen und somit circa 30 Mann brottlos geworden. Anfangs glaubte man, die Fabrik würde geschlossen, acht Tage darauf wurde man aber eines besseren belehrt. Die Firma rief nämlich die Arbeiter wieder. Diejenigen aber, welche die Interessen der ganzen Arbeiterschaft vertreten hatten, Kriegsbeschäftigte und Leute, die dem Betriebsrat angehörten, blieben draußen. Nachdem diese Säuberung vollbracht war, hatte man nichts Eiligeres zu tun, als eine Arbeitsordnung auszuarbeiten und auszugeben. Der neue Betriebsratsmann lehnte die Unterschrift ab. Es scheint nach diesem, daß diese Firma noch immer in der Vorkriegszeit lebt. Sie räumt den Arbeitern nicht das geringste Recht ein und will sich nicht der Zeit anpassen. Die Arbeiterschaft von Ennigloh, Bünde und Umgegend aber warnen wir, bei dieser Firma in Arbeit zu treten. Besonders warnen wir aber auch die Eltern, ihre Kinder dort in die Lehre zu geben.

Wehnliche Zustände herrschen auch bei der Firma Scherklamp u. Co., Kartonnagenfabrik, Ennigloh.

Hamburg. Am 19. Januar fand die Jahresgeneralversammlung statt. Küster erstattete den Geschäftsbericht. Er wies darauf hin, daß ein arbeitsreiches Jahr hinter uns liegt. Redner verwies auf die vielen Lohnverhandlungen, die im Laufe dieses Jahres stattgefunden haben, und bei denen wir nicht

immer das herausholen konnten, was unsere Kollegenschaft an Lohnerhöhung haben muß. Immerhin war es möglich, für die Reichs- sowohl wie für die Ortsstarife eine wesentliche Steigerung in der Entlohnung herbeizuführen. Sämtliche Lohnabkommen laufen am 31. Januar ab, so daß wir Ende dieses Monats in ganz Deutschland in Lohnbewegung uns befinden. Redner wies darauf hin, daß die im vergangenen Jahre erreichten Lohnerhöhungen nur durch das tatkräftige Vorgehen unseres Tarifausschusses erreicht werden konnte. Jedoch blieben wir auch in Hamburg-Altona von Streiks nicht verschont. Es wurde gestreikt in der Geschäftsbuchbranche 14 Tage, in der Briefumschlagbranche vier Tage, in den Buchdruckerzeilen 14 Tage und in einer Zigarettenfabrik einen Tag. Wir haben weiter im verfloßenen Jahre eine erhebliche Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen, jedoch befinden sich namentlich in den Kartonnagenbetrieben noch eine Anzahl von Arbeitsträgern, die den Weg zum Verband noch nicht gefunden haben. Wir müssen daher unsere Mitglieder ersuchen, darauf zu sehen, daß kein Unorganisiertes neben unsern Kollegen arbeitet.

Hierauf erstattete Hein den Kassenbericht vom 4. Quartal 1921. Redner verwies darauf, daß die Kollegenschaft sich an pünktlichen Beitragszahlungen gewöhnen müsse, damit sie bei den erhöhten Beiträgen nicht in Rückstand gerate. Hierauf setzte eine lebhaft diskutierte Diskussion über den Geschäftsbericht ein, und nachdem Hein und Küster in ihren Schlussworten die nötigen Aufklärungen gegeben hatten, beschloß die Versammlung auf Antrag der Ortsverwaltung, die Sitzungsgelder auf 10 M. zu erhöhen und zu beantragen, für das Bureau an Stelle der bisherigen Zuschüsse einen dritten Beamten und eine weibliche Kraft anzustellen. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten und als 2. Vorwärtiger Pfennig gewählt und zu Beisitzern Margarete Kroogmann, Erna Schwein, Brünning, Hoff, Kleinert und Bindte, als Revisoren Konradt, Heid und Schaible. Hierauf sprach der Kollege Küster über den am 15. Mai in Kassel stattfindenden 14. Verbandstag. Er wies auf die Aufgaben des nächsten Verbandstages hin und forderte die Kollegenschaft auf, schon jetzt in Wort und Schrift dazu Stellung zu nehmen, damit die Meinungen vor dem in der Kollegenschaft geklärt würden. Es wurde eine Kommission gewählt, die Vorträge zum Verbandstag auszuarbeiten und der nächsten Versammlung vorzulegen hat. Sodann gedachte Küster des verstorbenen Kollegen Kaimann. Nachdem die Kollegenschaft zu Ehren des Kollegen Kaimann diese Ausführungen stehend anerkannt hatte, war Schluss der sehr gut besuchten Versammlung.

Hamburg. Heinrich Romann, ein alter Veteran des Buchbindererwerbes, ist am 17. Januar im Alter von 72 Jahren in Hamburg verstorben. Heinrich Romann hat für die Ausbreitung unseres Verbandes in den 70er, 80er und 90er Jahren in Hamburg sehr viel getan. Er war einer derjenigen, der sich mit lebhaftem Interesse die Förderung des Verbandes und der Arbeiterbewegung hat angelegen sein lassen. Als sich unser Verbandsvorstand noch in Eutinort befand und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg, war er der Vertreter unseres Verbandsvorstandes im Gewerkschaftsausschuss. Außerdem vertrat er die Hamburger Kollegenschaft auf den Verbandstagen zu Altona und zu Frankfurt a. M. In seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter von Hamburg-Altona zog er sich im Jahre 1895 anlässlich eines Streiks bei der Firma Wehmann u. Hildebrandt eine Woche Gefängnis zu, weil er in einem Schreiben im Auftrage des Vorstandes an die Firma gesagt hatte, daß bei Nichtbewilligung der Forderungen der Arbeitnehmern für die Firma gesperrt würde. Dieses rechnete ihm das Landgericht zu Altona als Erpressung an. Nachdem er sich, durch die Verbände gezwungen, selbständig gemacht hatte, war er noch eine ganze Reihe von Jahren in unsern Kreisen tätig. In den letzten Jahren hat er sich infolge von vielen Schlaganfällen und langjähriger Krankheit vom öffentlichen Leben zurückgezogen. Wir danken ihm für seine der Organisation und der Hamburger Kollegenschaft geleisteten Dienste und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Kassel. Unsere Generalversammlung wurde vom Vorsitzenden Graß mit einer kernigen Ansprache eröffnet und alle Kolleginnen und Kollegen zur rastlosen Tätigkeit zum Besten des Verbandes aufgefordert. Nachdem gab er den Jahresbericht. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Graß, 1. Vorsitzender; Berrard, 2. Vorsitzender; Köhberg und Schamber, Kassierer; Bachmann, Schriftführer; Steinbrück und Kollegin Weil, Beisitzer. Köhberg forderte die Kollegenschaft auf, wegen der Beitragserhöhung nicht vom Verband abzufallen, sondern dem Verbands die Treue zu halten, denn nur durch Einigkeit könnten wir den kommenden schweren Zeiten begegnen, ohne Organisation würde es uns schlecht ergehen. Graß teilte noch mit, daß in der nächsten Versamm-

lung die verschiedenen Komitees gewählt werden sollen, welche die Vorbereitungen zu dem im Mai hier stattfindenden Verbandstag zu treffen hätten; zahlreiche Erscheinen bei Grenzfrage. Mehrere Kollegen sprachen sich gegen die Abschaffung der Krankenunterstützung aus. Mit der Mahnung: 'Vorwärts immer, rückwärts nimmer', schloß der Vorsitzende die Generalversammlung. Unsere Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 534.

Reutlingen. Unsere Zahlstelle, welche zurzeit 180 Mitglieder zählt, hatte in den letzten Wochen eine Vorstandsliste zu überwinden. Am 5. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche leider nur schwach besucht war. Die beiden Vorsitzenden und der Kassierer erklärten ihren Rücktritt. Trotz aller Bemühungen waren die beiden ersten nicht mehr zu bewegen, das Amt, das sie drei Jahre verwalteten, weiter zu führen. Schwierigkeiten mancherlei Art waren die Veranlassung zum Rücktritt. Der Fleiß und der Eifer zum Wohle des Verbandes und der Mitglieder, welchen die beiden Vorsitzenden stets zeigten, muß von allen anerkannt werden. Es gebührt ihnen daher der Dank der Reutlinger Kollegenschaft. Ohne zu einer Wahl schreiten zu können, blieb nichts anderes übrig, als einen provisorischen Vorsitzenden zu wählen und die Versammlung zu vertagen.

Am 13. Januar wurde eine außerordentliche Mitgliederversammlung abgehalten, die sich mit den Neuwahlen befaßte. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender: Witterling, 2. Vorsitzender: Goll, Kassierer: Kische, Schriftführer: Niebling und Koder, Revisoren: Rehm, Schmid und Braun. In das Graphische Kartell wurden Goll und Niebling und in das Ortskartell Goll und Bohrer gewählt. Mit der eindringlichen Bitte des neuen Vorsitzenden, den neuen Vorstand allseitig zu unterstützen, schloß derselbe diese zweite, durchaus harmonisch verlaufene Versammlung.

Wittenberg. In der am 16. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab Hofe den Jahresbericht. Auch im verfloffenen Jahre gab es keinen Stillstand. Der Mitgliederstand hat sich infolge guten Geschäftsganges gehoben. Die Verammlungsbesuche stehen oft zu wünschlichen übrig. Vor allem sind es die Kassierinnen der Papierwarenfabriken, die eine Interessenlosigkeit an den Tag legen, welche ihre späteren Folgen voraussehen lassen. Die Kassierinnen sollten doch bedenken, daß nur unter Verband ihre Interessen bisher wahrgenommen hat, und sie sollten allen Zerstückelungsabsichten einiger verärrerter Kollegen entschieden entgegenzutreten. Die Zahlstellenleitung sieht sich zusammen aus Hofe, Vorsitzender, Traup, Kassierer und Hoffstein, Schriftführer. Für die Unterkassierer wurden Zahlstehende eingeführt, damit die Kassengeschäfte pünktlich erledigt werden können. (Zeben zweiten und letzten Freitag im Monat.) Auch die Lohnpolitik wurde gestreift und zum Ausdruck gebracht, daß die letzten Lohnbewegungen uns ein gut Stück vorwärts gebracht haben. Wenn auch bei weitem das Verhältnis der Geldentwertung nicht ausreichen ist, kann doch gesagt werden, daß der Lohnausgleich gute Arbeit geleistet hat. Zur Zahlstellenkonferenz wurde beschlossene, eine solche abzulehnen, weil die letzten Beschlüsse des Gausanges noch keine Erledigung durch den Gauvorstand gefunden hätten. Sollte die Mehrzahl der Zahlstellen eine Konferenz wünschen, dann würden auch wir dieselbe beifolien. Kenntnis wurde von der Anstellung eines zweiten Beamten im Gau genommen und bebauert, daß auch hierin dem Beschlusse des Gausanges keine Rechnung getragen werden konnte, und eine Kollegin für den Posten sich nicht gefunden hat. Das wäre jedenfalls im Interesse der weiblichen Mitglieder des Gaus gelegen gewesen. Hoffen wir, daß die noch abzuweisenden Kolleginnen den Weg zu uns bald finden.

Rundschau.

Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1920. Im „Korrespondenzblatt“ erschien eine eingehende Statistik der gewerkschaftlichen Wirtschaftskämpfe des Jahres 1920, aus der wir den nachstehenden Auszug geben. Eingangs wird auf die große Schwierigkeit einer solchen Statistik hingewiesen, da das Lohnentkommen nur schwer festzustellen ist, da wichtige statistische Unterlagen immer noch fehlen. Die im Jahr 1920 geführten wirtschaftlichen Kämpfe überreifen an Zahl und Umfang bei weitem die des Jahres 1919. Von 38 an der Statistik beteiligten Gewerkschaften wurden 38 547 Bewegungen mit oder ohne Arbeitseinstellungen geführt, die sich auf 54 808 Orte und 642 567 Betriebe erstreckten und an denen 13 043 928 Personen, darunter 2 612 779 weibliche, teilnahmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß einzelne Betriebe

und Personen mehrfach gezählt sind, da jede einzelne Lohnbewegung, auch wenn mehrere im selben Betrieb stattgefunden haben, eine Zahlungseinheit für sich darstellt. 85,8 Proz. sämtlicher Bewegungen mit 92 Proz. aller an solchen Bewegungen beteiligten Personen sind durch friedliche Ausgleichsverhandlungen erledigt worden. In 5546 Fällen kam es zu Arbeitseinstellungen, davon waren 4801 Angriffskämpfe, 461 Abwehrstreiks gegen eine verachtete Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und in 280 Fällen wurde die Arbeiterschaft von den Unternehmern ausgesperrt. Aus einer interessanten Zusammenfassung der Streikbewegungen in dem Jahrzehnt 1911 bis 1920 geht hervor, daß der Prozentatz derjenigen Fälle, in denen eine friedliche Beilegung ohne Arbeitseinstellung stattgefunden hat, 1919 und 1920 bedeutend höher war als 1911 bis 1914, trotzdem die Zahl der Bewegungen und der beteiligten Personen absolut enorm gewachsen ist. Ueber die Art der Ausgleichsverhandlungen werden folgende Angaben gemacht: 28 109 Fälle wurden durch Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern erledigt, 2018 durch direkte Verhandlungen mit den Arbeitern des Betriebs und in 7219 Fällen entschieden die gesellschaftlichen Schlichtungsinstanzen. 86,8 Proz. aller dieser Wirtschaftskämpfe endigten erfolgreich. 10,5 Proz. mit einem teilweisen Erfolg. Die sämtlichen Bewegungen kosteten den Kassen der Verbände 98 032 996 M.

Trotz der im Jahre 1920 durch die wirtschaftlichen Bewegungen erreichten großen Summe an Lohn-erhöhungen haben viele der Arbeiterschaft keinen Ausgleich der gesteigerten Kosten für die notwendige Lebenshaltung gebracht. Nur zögernd folgten die Lohn-erhöhungen der fortgesetzten ungeheuerlichen Aufwärtsbewegung der Preise der Waren, und seit Ausbruch der Revolution ist eine ständige sinkende Lebenshaltung des werktätigen Volkes zu verzeichnen. So vollzieht sich schon ein relativer Preisabbau der Ware Arbeitskraft ohne Anwendung direkter Lohn-erhöhungen, während demgegenüber unermeßlich gesteigerte Gewinne der Unternehmungen zu verzeichnen sind. Die Arbeiterschaft hat deshalb begründete Ursache, gestützt auf ihre in den Gewerkschaften konzentrierte ökonomische Macht, eine weitere Steigerung der Löhne anzustreben, um durch den Ertrag ihrer Arbeitskraft sich ein auskömmliches Dasein zu sichern. In diesem Bestreben kämpft die Arbeiterschaft nicht nur um ihre eigenen Lebensinteressen, sondern um den kulturellen Fortschritt der gesamten Menschheit. Denn ein gesundes Wirtschaftsleben beruht nicht auf Anhäufung von Kapitalbesitz in wenigen Händen, auch nicht auf einer Oberschicht von Besitzenden, die sich auf Kosten der Arbeit jeden denkbaren Luxus der Lebensführung gestatten kann, sondern es stützt sich auf das materielle und geistige Wohlergehen aller Schichten des Volkes. Einen solchen Kulturzustand zu verwirklichen, ist die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse.

Arbeitslosenversicherung und Jugendliche. Der Referentenentwurf des Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenunterstützung sieht vor, daß versicherungsfähige Arbeiter jeden Alters, die in der Wirtschaft Tätigen bleiben sollen; ausgenommen von der Versicherungspflicht soll ferner sein, wer das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, und auch eine Beschäftigung, für die als Entgelt nur freier Unterhalt gewährt wird.

Der Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen wurde in seiner letzten Sitzung der Ueberzeugung, daß dieser Entwurf eine durch nichts gerechtfertigte Benachteiligung der jugendlichen Erwerbstätigen mit sich bringe. Da ein Anpruch auf Unterstützung erst entstehen soll, wenn für 28 Wochen Beiträge geleistet worden sind, ist nicht zu befürchten, daß Kinder gleich nach der Schulentlassung Unterstützungsempfänger werden, also die Festsetzung einer Altersgrenze überhaupt überflüssig.

Für die sich beim Lehrmeister in Kost und Logis befindenden Lehrlinge wäre eine ganz ungerechtfertigte Härte, bei eventueller Entlassung nach Beendigung der Lehrzeit ohne Unterstützung zu sein. Auch die Befreiung der betreffenden Bestimmungen ist deshalb notwendig.

Der Reichsausschuß hat dem Reichsarbeitsministerium entsprechende Abänderungsvorschläge unterbreitet und auch den Arbeitnehmervertretern im Reichswirtschaftsrat sowie allen Reichstagsfraktionen seine Stellungnahme bekanntgegeben.

Abrechnungen

vom 4. Quartal 1921 gingen weiter bis zum 23. Januar bei der Verbandstasse ein von:
Gau Hanfa 40 000,— M., Bremen 10 000,—
Markt, Hamburg-Altona 55 000,— M., Kiel 1325,—
Markt, Leer i. Dflr. 2000,— M., Rühringen-Wilhelmsbaven 854,12 M., Gau Magdeburg 3500,— M.,
Bernburg 2500,— M., Brandenburg a. d. H. 900,—
Markt, Magdeburg 9500,— M., Gau Hannover 10 000,— M., Bünde i. B. 2117,— M., Hannover 46 500,— M., Hildesheim 500,— M., Banfried 4261,— M., Dülmen 900,— M., Essen 8000,— M.,
Gummersbach-Ränderoth 4500,— M., Hagen i. W. 1957,30 M., Ohligs 1750,— M., Remscheid 1000,—
Markt, Wesel 650,— M., Gau Rheinland links des Rheins — M., Köln 36 000,— M., M. Gladbach 2000,— M., Fuda 608,90 M., Reutkrab a. d. H. 561,20 M., Elnach 850,— M., Eisenberg 8000,—
Markt, Kauenstein — M., Rada 284,— M., Rudolfstadt 490,— M., Rulha — M., Saalfeld 804,10 M., Schleiz 3000,— M., Sonneberg 4500,— M.,
Brandis 2000,— M., Reichenbach i. B. 1000,— M.,
Seiffenhersdorf 3485,48 M., Ronstorf 3015,60 M.,
Bayreuth 500,— M. Fr. L. a. d. r.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Burg b. Magdeburg. B.: H. Neumann, Freiheitstraße 3. K.: A. Tschne, Unterhagen 20.
Dülmen. B.: Fr. Duad, Rorbefeldmarkt 4. K.: Fr. Döder, Heberstr. 20.
Düren (Rhd.). B.: W. Schumacher, Krauthausen 62, Post Niederau 6. Düren. K.: W. Kempen, Düren, Grünstr. 106.
Kiel. B.: H. Baum, Bloksberg 23 I. K.: Fr. Nagel, Stadtfeldkamp 18 I. U.: J. Wilms, Kiel-Gaarden, Heinestr. 1. part.
Nerchau. B.: A. Schubert, Dorfstr. 6. K.: S. Lorenz, Hauptstraße.
Ohligs (Rhd.). B.: W. Conrad, Rathausstr. 44. K.: Fr. Schöpfstr.
Reutlingen. B.: Ch. Bitterling, Mauerstr. 41 I. K.: G. Kische, Altpfadstr. 21.
Werdau. B. und K.: R. Ede, Leunig b. Werdau, Wilhelmstr. 28 III.
Wismar. B.: R. Granzow, Medtenburger Straße 19 I. K.: Fr. Hedwig Paffow, Zuckertabrik, Wismar.
Wittenberg. B.: H. Hofe, Jahnaer Str. 1 I. K.: D. Traub, Juristenstr. 16 I. (Altes Krankenhaus).
Zwickau i. S. B.: H. Müller, Nordstr. 54. K.: A. Scheller, Neuhäuser Leipzig Str. 45 III.

ANZEIGEN

Buchbinderei,
sowie anderes Werkzeug für
Buchbinder gefast.
Max Berger
Chemnitz
Rischpauer Straße 68.

Entschäftigte
Buchbinderei
mit Papier- u. Schreibwaren-
handlung an selbstige Kraft
unter sehr günstigen Bedin-
gungen ohne Anzählung ab-
zugeben. Anzählung erbet. unt.
„S. 2.“ an die Exped. d. Ztg.

Grüne-blau
**Buchbinder-
lehren**
lehrt i. erhellender
Qualität und Farbe
zu Vorkurspreisen
an jeder d. Ztg. für
Männer, W. 60-100,
mit Band 30,—
das Glüd.
Nebstzahl von
Wt 120-180
A. C. Vols
Verlagsbuchhandlung
Zweigstr. 77, Tel. 2355
Vertragen die Musterlehre.
Eingeliefert geg. Nachnahme.
Auf der Buchausstellung beim
Bundesrat in Weimar wurde
die Qualität meiner Fabrikate
als vorzüglich anerkannt.

Tüchtiger
Einisarbeiter
auf Schmuckst. u. Einlagen
gesucht.
Ludwig & Maurlich
Hamburg, Al. Wäckerstr. 20

Papiergeschäft
und **Buchbinderei.**
Nähe Reutlingen, sofort preisw.
zu verkaufen. Vermittler ver-
boten. Aufzählung an d. Exped.
dies. Zeitung unter „S. 6. 17“.

Belehrungsfrage,
fast neu, verlässlich. Preis
300 M. Zu erfragen unter
„S. 7.“ in der Exped. d. Ztg.

Gut erhaltene
Schneidemaschine,
mindest zwischen 70-90 cm Schnittstärke, brauchbar, sofort
zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe u. näherer
Bezeichnung über Auslieferung der Maschine erbeten unter
„W. 1634“ an Ann.-Exped. Paul Noltenius & Co.,
Frankfurt a. Main, Brönnlestraße 12.